

Nur noch drei Jahre: Szenarien für Afghanistan nach 2014

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 23. November 2011

Bei der Konferenz „10 Jahre nach Petersberg – Wo steht Afghanistan heute?“ der Heinrich-Böll-Stiftung erläuterten eine afghanische Parlamentsabgeordnete, die ehemalige Vizeministerin für Frauenfragen, der frühere Geheimdienstchef und einer der wichtigsten Journalisten, welche Konsequenzen der für 2014 geplante Abzug der internationalen Truppen für ihr Heimatland haben werde. Am Abend ergänzten Michael Steiner, der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan und Frithjof Schmidt, der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, das Bild. Zunächst zählte Fahim Hakim von der Unabhängigen Afghanischen Menschenrechtskommission die „enormen Fortschritte“ in Afghanistan nach Jahrzehnten des Kriegs auf, vor allem in der Bildung, bei Kommunikation, Medien und Infrastruktur. Nach langer Zeit entstünden wieder demokratisch legitimierte Institutionen. Es habe jedoch auch Fehlschläge gegeben: Korruption, eine von Drogengeld und Krieg geprägte Volkswirtschaft, Unsicherheit und Straflosigkeit seien weiter verbreitet. Bei der Justiz sowie im schwer überschaubaren Parteien- und Wahlsystem müssten Mängel beseitigt werden.

Eine Exit-Strategie werde nur erfolgreich sein, wenn bis dahin Grund- und Menschenrechten Geltung verschafft würde. Man dürfe nicht zulassen, dass der politische Raum für die Zivilgesellschaft und Menschenrechtler eingeschränkt werde. Die Bevölkerung müsse ihrer Regierung vertrauen können, und diese müsse die staatlichen Aufgaben erfüllen. Ein Abzug um des Abzugs willen sei ein strategischer Fehler, urteilte Hakim, denn er würde die Taliban und ihre regionalen Unterstützer ermutigen, weiterhin Gewalt auszuüben. Niemand habe etwas gegen Verhandlungen mit den Aufständischen, aber es sei ein gewagtes Spiel, befand Hakim.

Steiner räumte ein, dass alle Verantwortlichen die Lage „in der Vergangenheit oft zu rosig gemalt“ hätten. Aber ihm gefalle das von Hakim benutzte Wort „Exit-Strategie“ nicht. Es gehe um einen „Abzug in Verantwortung“: Deutschland werde sich der Verantwortung nicht entziehen, sondern zu Ende bringen, wozu es sich 2001 verpflichtet hätte. Die internationale Gemeinschaft dürfe 2014 keine „Ruinen des Engagements“ hinterlassen. Der Zeitplan bis Ende 2014 sei realistisch. Bei der Außenministerkonferenz in Bonn am 5. Dezember gehe es darum, wie die Afghanen zur Souveränität ertüchtigt werden können und wie ein ökonomischer Kollaps des Landes verhindert werden kann, wenn die 140.000 internationalen Soldaten abziehen, von deren Präsenz 90 Prozent des afghanischen Bruttosozialproduktes abhängen. Auch die Wiederaufbauteams (PRT) werde es nach 2014 nicht mehr geben. Aber die zivile Hilfe für Infrastruktur, Bildung und im Gesundheitswesen müsse auch in den kommenden zehn Jahren fortgesetzt werden, ebenso das Training von Streitkräften und Polizei. Schließlich müsse man das regionale Potenzial Afghanistans als Drehscheibe zwischen Nahost, Zentralasien und dem indischen Subkontinent wecken. Frithjof Schmidt ergänzte, dass der Unterhalt der 300.000

afghanischen Polizei- und Militärkräfte 4 bis 6 Milliarden Dollar pro Jahr kosten werde: Afghanistan sei damit überfordert, doch sei unklar, wer dies ab 2014 bezahle. Ein militärischer Sieg gegen die Aufständischen sei nicht möglich, sagte Steiner, daher müsse es einen politischen Prozess hin zu Verhandlungen geben. Diese Verhandlungen müssten strukturiert und zielgerichtet, transparent und inklusiv sein. Es sei klar, dass die afghanische Verfassung und die darin festgeschriebenen Menschenrechte inklusive die der Frauen nicht zur Disposition gestellt werden. In einem afghanisch geführten Prozess, wie er ja gewollt sei, werde man aber nur beschränkt von außen darauf Einfluss nehmen können, schränkte er später ein.

Bisher sei nicht erkennbar, wie man über bisherige einzelne Gesprächskontakte hinaus zu echten Verhandlungen komme. Es habe falsche Emissäre und Wichtigtuer gegeben, auf die manch ein Geheimdienst hereingefallen sei. Es gebe leider auch Einmischungen der Nachbarn. Und schließlich könnte sich herausstellen, dass der Gegner tatsächlich nicht politikfähig ist. Es brauche ja viel Mut, den ersten Schritt zu tun. Hakim sagte, wenn die Regierung Karzai durch gute Arbeit Ansehen in der Bevölkerung erwerbe, werde auch ihre Position in Verhandlungen stärker, da weniger angreifbar. Fazel Rabi Haqbeen, der Büroleiter der Asia Foundation in Kabul, sagte, es sei wichtig, dass Verhandlungen transparent seien und auch die religiösen Führer dabei Gehör bekämen. Er plädierte dafür, den Fähigkeiten der Afghanen zu vertrauen, dass sie das Richtige tun.

Am 2. und 3. Dezember ging der Außenministerkonferenz das Zivilgesellschaftliche Forum Afghanistans (www.afghanistan-forum.org/) voraus. Viele junge AfghanInnen diskutierten auch bei der HBS-Konferenz mit. Frithjof Schmidt nahm die Hoffnung mit, dass in Afghanistan wie zuvor in Nordafrika die junge Generation eine positive Veränderung erreichen könne.

Stefan Schaaf

Gemeinsame internationale Konferenz des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Chinaforschung (ASC) in der DGA und des Kompetenznetzes „Regieren in China“

Hamburg, 09.-11. Dezember 2011

Die zweite gemeinsame Konferenz des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Chinaforschung (ASC) und des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Kompetenznetzes „Regieren in China“, die in diesem Jahr vom GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg ausgetragen wurde, ließ erneut die Bandbreite, Internationalität und Qualität sozialwissenschaftlicher Chinaforschung in Deutschland sichtbar werden. Durch das Panel-Format und die hiermit verbundenen vier thematischen Schwerpunkten konnte dieser Bandbreite Rechnung getragen werden; die Internationalität der Forschung spiegelte sich in der